

Schlechte Noten für Windräder

Umweltverbände beklagen mangelhafte Gutachten zum Artenschutz

OLIVER SCHMALE | STUTTGART

Die Artenschutzgutachten zur Genehmigung von neuen Windrädern sind nach Auffassung der baden-württembergischen Umweltverbände oft mangelhaft. Im Einzelfall reichten sie nicht aus, um eine fundierte naturschutzfachliche Bewertung möglicher Standorte für neue Anlagen vorzunehmen, sagte BUND-Landeschefin Brigitte Dahlbender gestern in Stuttgart. Zusammen mit dem Nabu und dem Landesnaturschutzverband (LNV) nahmen die drei Organisationen mehrere Gutachten unter die Lupe. Der Bundesverband Windenergie (BWE) bemängelte die Stichprobe (acht Gutachten wurden ausgewertet) als nicht repräsentativ.

2016 wurden 201 neue Anlagen genehmigt. Hintergrund war eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das bisherige Modell einer pauschalen Förderung mit festen Vergütungssätzen wurde abgeschafft. Nun werden neue Projekte per Ausschreibung vergeben. Die Verbände kritisierten, dass manche Gutachter die Landesvorgaben nicht einhalten.

Alle drei Verbände sprachen sich dafür aus, dass das Land zwischen zehn und 15 Prozent aller Anträge und die entsprechenden Expertisen vor der Genehmigung genauer überprüft. Dazu sollte eine unabhängige Prüfstelle beauftragt werden. Außerdem sollten alle Unterlagen von den Landratsämtern veröffentlicht werden.

Die Verbände sind auch schon vor Gericht gezogen, beispielsweise in Braunsbach (Kreis Schwäbisch Hall). Dort wurde im Frühjahr der Betrieb eines Windrads vom Verwaltungsgericht Stuttgart nach Nabu-Angaben gestoppt, weil es unweit eines Brutwaldes für den geschützten Rotmilan steht. Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) sagte, er begrüße es, dass die großen Umwelt- und Naturschutzverbände im Land sich klar zum Ausbau der Windenergie bekannt hätten. „Leider verkennen die Verbände, dass es bei etlichen Projekten im Land aus Gründen des Artenschutzes schon gar nicht bis zu einem Genehmigungsverfahren kam oder dass die Anträge im laufenden Verfahren zurückgezogen wurden, weil zum Beispiel ein Dichtezentrum des Rotmilans den geplanten Windkraftanlagen entgegenstand.“

Der Bau eines Windparks in Straubenhardt sollte ebenfalls gestoppt werden. Ein entsprechender Eilantrag scheiterte jedoch vor Gericht. Geklagt hatte die Gemeinde Döbel. Die Bürgerinitiative Gegenwind Straubenhardt hatte zuvor versucht, den Nabu für eine Klage zu gewinnen. Weil selbsterhobene Daten zum Artenschutz fehlten, sagte der Nabu ab.